

FRANK GOLCZEWSKI

DIE PROBLEMATIK DER UNABHÄNGIG GEWORDENEN UKRAINE

Dass die Ukraine auch nach 30 Jahren ihrer Unabhängigkeit ein europäischer Problemfall ist, liegt nicht zuletzt daran, dass sie ihren politischen Akteuren als Staat gilt, dessen kulturelle Diversität nicht als Bereicherung, sondern als Bedrohung gesehen wird. Alle mehr oder weniger freiwillig Anfang der 1990er Jahre in die Unabhängigkeit entlassenen sowjetischen Gebiete erfuhren simultan eine „triple transition“

- in eine neue politische Struktur;
- in neue wirtschaftliche Formen;
- in eine neue nationalstaatliche Realität.¹

Russland wurde von den ukrainischen Alt-Nationalisten in der Emigration traditionell wegen seiner kulturellen Nähe als größte Gefahr wahrgenommen,² was sich seit 1991 auswirkte, während das Verhältnis in den ersten Putin-Jahren auf die Energie-Frage konzentriert war und ein Jahrzehnt später als Frage der über die Ukraine hinausgehenden russischen geopolitischen Dominanz bedrohlich wurde.³ Im Inneren kreisten die Fragen außer um die energetische Abhängigkeit von Russland um die Sprachenpolitik, die Geschichtspolitik und die Kompetenz der Regionen, was bis zu einem gewissen Grad verdeckte, dass der wirtschaftliche Verfall, die Rolle der „Oligarchen“, die Abwanderung der Bevölkerung und die allgegenwärtige Korruption⁴ die eigentlichen Gefahren für den jungen Staat darstellten.

¹ GWENDOLYN SASSE, The Crimea Question, Cambridge, MA 2007, S. 19.

² Siehe Kateryna Kobchenko in diesem Band.

³ Siehe Benno Ennker in diesem Band.

⁴ Die Ukraine besetzte 2020 den 117. Platz von 180 Staaten, schlechtere Werte wies in Europa nur Russland (129. Platz) auf. Transparency International Corruption Perceptions Index 2020, <https://www.transparency.org/en/cpi/2020/index/> (Zugriff: 24.02.2021).

Alles dies kann in einem kurzen Essay nicht dargestellt werden. Wir konzentrieren uns daher auf die 1990er Jahre und auf drei Themen:

- Die Suche nach einer eigenen Politik bei der Abnabelung von dem die UdSSR dominierenden Russland;
- die mit einer Regionalisierung verbundene Sprachenfrage;
- die Autonomie-Frage in Bezug auf die Krim.

Während es sich bei dem ersten Thema um ein echtes Problem der Entflechtung gewachsener Beziehungen und der Schwierigkeit neuer, ungewohnter ökonomischer Konzepte handelt, betreffen die beiden anderen Fragen Ängste und Forderungen, die (wie in manchen westeuropäischen Staaten auch) aus der Tiefe der nationalstaatlichen oder imperialen identitären Vorstellungen hervorgeholt werden, ohne die aktuellen Bedürfnisse genügend zu beachten.

Mit oder gegen Russland?

Als die *Verchovna Rada* (also der ukrainische Oberste Sowjet) die Ukraine als erste einer Reihe anderer Unionsrepubliken nach dem August-Putsch der Perestroika-Gegner am 24. August 1991 für unabhängig erklärte, schien dies zunächst erklärungsbedürftig. Eigentlich sollte ja ein neuer Unionsvertrag unterschrieben werden. In anderen Republiken gab es längst bewaffnete Auseinandersetzungen um nationale und andere Zugehörigkeitsfragen wie um Berg-Karabach und Transnistrien. In der Ukraine war es weitgehend ruhig geblieben, obwohl hier nach der Atomkatastrophe von Černobyl 1986 massiv unterdrückte Proteste aufkamen, die sich aber vor allem gegen die Informationspolitik der Sowjetunion richteten.

Die unterschiedliche Einstellung der Einwohner kam aber bereits hier zum Ausdruck: Die Demonstrationen brachten in L'viv im Sommer 1988 bis zu 10.000 Menschen zusammen, in Kiev waren es bei einem ähnlichen Versuch aber nur 500. Hierfür ist ein Blick auf den neu entstandenen Staat erforderlich. Gwendolyn Sasse nannte die „neue“ Ukraine einen „Staat der Regionen“.⁵ Dies ist insofern treffend, als es die zeitweise Selbstbezeichnung einer der wichtigsten politischen Kräfte, der „Partei der Regionen“, widerspiegelt, und außerdem eine weniger emotionale Interpretation suggeriert als das oft angetroffene, nationalstaatlich dysfunktionale Stereo-

⁵ GWENDOLYN SASSE, The ‚New‘ Ukraine. A State of Regions, in: *Regional and Federal Studies* 11 (2001), H. 3, S. 69–100.

typ der „zwei Ukrainen“, eines „europäischen“ Westens und eines „russischen“ Ostens, wie der Schriftsteller Mykola Rjabčuk nicht nur einmal schrieb.⁶ Da die nun in der Ukraine zusammengeschlossenen Gebiete erst seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in einem gemeinsamen Staatsgebiet gelegen haben und dabei nur sehr beschränkte Freiräume von der Zentralverwaltung Moskaus genossen, mussten sie erst zu einem gemeinsamen Nationalbewusstsein zusammenfinden. Die Sowjetzentrale hat ein solches Bewusstsein zeitweise instrumentalisiert (1939 beim Anschluss Galiziens und Wolhyniens, 1945 bei der Annexion der Karpato-Ukraine), meist aber – wie 1954 bei der 300-Jahr-Feier der „Wiedervereinigung“ unter Bohdan Chmel’nyc’kyj – die enge Verbundenheit mit Russland und die NS-Kollaboration des ukrainischen Westens herausgestrichen.

Das war auch 1991 noch so, als der Ex-Parteichef und neuerdings Präsident der Ukraine Leonid Kravčuk gemeinsam mit seinen Kollegen aus Russland und Belarus am 8. Dezember 1991 in Beloveža die Sowjetunion auflöste⁷ und eine ephemer bleibende neue Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) gründete. Dass nur die ostslavischen Staaten zunächst daran beteiligt waren, lässt die Vermutung zu, dass man von einer aufeinander abgestimmten dominanten Fortsetzung der Politik dieser Drei ausging. Alles schien darauf hinzuweisen, dass es nicht um eine vollständige Scheidung zumindest der drei slavischen Republiken gehen würde. Dabei war in Russland das Gefühl der Zugehörigkeit der Ukraine und von Belarus zum historischen Russland sicherlich stärker ausgebildet als dies in Teilen der Ukraine der Fall war. Umso überraschender musste dann die Erfahrung sein, dass sich die Ukraine besonders stark von Russland abzusetzen begann.

Am deutlichsten bildete sich die Improvisation der Unabhängigkeit in der Währung ab. Schon zuvor hatte es seit Juni 1991 in der UdSSR Rationierungskarten (*talony*) gegeben, die für bestimmte defizitäre Waren als Geldersatz oder zusätzlich abgegeben werden mussten. Diese Instrumente wurden auch in der Ukraine eingeführt. Am 10. Januar 1992 führte dann die Ukraine „Coupons zur vielfachen Benutzung“ (*kupony bahatorazovoho*

⁶ MYKOLA RJABČUK, Two Ukraines?, in: East European Reporter 5 (1992), H. 4, S. 15–20; DERS., Dvi Ukrayny [Zwei Ukrainen], Kyiv 2003; MYKOŁA RJABCZUK, Dwie Ukrainy [Zwei Ukrainen], Wrocław 2004. 2015 relativierte Rjabčuk seinen Text in: „Two Ukraines“ Reconsidered. The End of Ukrainian Ambivalence?, in: Studies in Ethnicity and Nationalism 15 (2015), S. 138–156.

⁷ Die problematische Selbstermächtigung zu diesem Schritt basierte darauf, dass diese drei Republiken 1922 die UdSSR gegründet hätten (damals war allerdings auch die Transkaukasische Republik einer der Signatäre).

vykorystannja) ein, die in *Karbovanci* (*Krb*) ausgewiesen waren. Sie waren eigentlich nicht als eigene Währung geplant – *Karbovanec'* war nichts anderes als die ukrainische Bezeichnung für den Rubel (*rubl'*). Wirtschaftlich änderte sich zunächst nicht viel. Insofern ist Kučmas Kritik verfehlt, der die wirtschaftlichen Probleme der unabhängig gewordenen Ukraine darauf zurückführte, dass man sich die Marktwirtschaft des Westens angeeignet habe, ohne dazu die Voraussetzungen zu besitzen und auf eigene Traditionen und Belastungen, vor allem auf die Verflechtung der ukrainischen mit der russischen Wirtschaft, zu achten.⁸ 1991/92 war von Marktwirtschaft noch nicht viel zu sehen.

Aufgrund der im ganzen Ostblock verbreiteten Vorstellung, die anderen Staaten würden von der Sowjetunion ausgebeutet – in der UdSSR in der Variante, dass man meinte, Russland beute die nicht-russischen Republiken aus – glaubten die Politiker in der Ukraine zunächst, die Ukraine, die vorgebliche „Kornkammer“ und (im Osten) der tatsächliche Industriestandort, stände ökonomisch besser allein da als im Verbund der Union.⁹ Also galt zunächst, dass für Lebensmittel und Industriewaren ausschließlich in Coupons zu zahlen war – dies sollte einer angeblichen „Ausplünderung“ der Ukraine durch die russische Zentrale entgegenwirken. Die Coupons erhielten damit zunächst einen höheren Kaufwert als die weiterhin umlaufenden sowjetischen Rubel.

Diese Annahme war allerdings falsch. Zwar war die Ukraine partiell industrialisiert, aber sie war bis auf Kohle rohstoffarm und vor allem im Erdöl- und Gassektor zu 90 Prozent auf die Zufuhr aus anderen Sowjetrepubliken angewiesen. Die ökonomische Schwäche der Ukraine wurde bald sichtbar. Schon im April 1992 verschwanden die Rubel aus dem allgemeinen Verkehr, während der Geldmarkt mit Coupons überschwemmt wurde. Während man also nominell in der Rubel-Zone blieb, schied man faktisch aus ihr aus. Im Juli 1992 hob die Zentralbank Russlands das bisherige Geldsystem auf. Den weiteren Verbleib in einer gemeinsamen Währung machte sie von einer Kontrolle durch die russische Nationalbank abhängig, was die Ukraine ablehnte. Die Ukraine errichtete nun Zollschränke gegenüber Russland und verweigerte sich einer Reihe

⁸ LEONID KUČMA, *Ukraina – ne Rossija* [Die Ukraine ist nicht Russland], Moskva 2005, S. 165. Erst im Anschluss daran erwähnte der Verfasser, dass die Gleichzeitigkeit marktwirtschaftlicher und noch-sowjetischer Regeln („gleichzeitiger Rechts- und Linkssverkehr“) zu einer anarchischen Situation in der Wirtschaft geführt habe (ebd., S. 168).

⁹ Kučma versuchte dies auf „irgendwelche miesen deutschen Jungs, die sich als Experten ausgaben“, abzuschieben (ebd., S. 188), aber die Meinung war auch unter Einheimischen weit verbreitet.

von GUS-Abkommen. Sie ratifizierte das GUS-Dokument nicht und war damit nicht einmal juristisch vollwertiges Mitglied.¹⁰

Am 12. November 1992 verließ die Ukraine offiziell die Rubel-Zone, und von da an galten nur noch die Coupons als Währung.¹¹ Diese als Übergangslösung gedachten Coupons wurden erst 1996 durch die *Hryvnia* als ukrainische Währung ersetzt. Die primitiven *kupony* lohnte es sich nicht einmal zu fälschen, von 1992 bis 1996 erhöhte sich der Gegenwert einer DM von 135 Krb auf über 102.000 Krb. Praktisch verloren die Einwohner der Ukraine in dieser Zeit ihre kompletten Ersparnisse – und Sachwerte besaßen nur wenige Ukrainer. Allein staatliche Betriebe erhielten in der Ukraine weiterhin Kredite. Um weiter Energie aus Russland beziehen zu können, war die Ukraine auf russische Kredite angewiesen.

Dass das russisch-ukrainische Verhältnis mehr war als Wirtschaft und dass es interessierte auswärtige Beobachter gab, hat 1994 Zbigniew Brzezinski in einem Aufsatz beschrieben, in dem er einen „geopolitischen Pluralismus“ auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zum Ziel amerikanischer Politik erklärte:

„It cannot be stressed strongly enough that without Ukraine, Russia ceases to be an empire, but with Ukraine suborned and then subordinated, Russia automatically becomes an empire. American policymakers must face the fact that Ukraine is on the brink of disaster: the economy is in a free-fall, while Crimea is on the verge of a Russia-abetted ethnic explosion. Either crisis might be exploited to promote the breakup or the reintegration of Ukraine in a larger Moscow-dominated framework. It is urgent and essential that the United States convince the Ukrainian government through the promise of substantial economic assistance to adopt long-delayed and badly needed economic reforms. At the same time, American political assurances for Ukraine's independence and territorial integrity should be forthcoming.“¹²

Aus dieser Passage geht hervor, dass hinter der Unterstützung für die Ukraine mehr stand als „Hilfe“; es sollte auch verhindert werden, dass Russland wieder zu einem Empire würde. Dies war aber kein Geheimpapier, sondern eine in einer wichtigen Zeitschrift publizierte Feststellung eines zeitweise einflussreichen US-amerikanischen Politikberaters. Wäh-

¹⁰ SUSANNE SPAHN, Staatliche Unabhängigkeit – das Ende der ostslawischen Gemeinschaft?, Hamburg 2011, S. 79.

¹¹ ROBERT S. KRAVCHUK, Ukrainian Political Economy. The First Ten Years, New York / Basingstoke 2002, S. 49–51.

¹² ZBIGNIEW BRZEZINSKI, The Premature Partnership, in: Foreign Affairs 72 (1994), S. 67–82, hier S. 80.

rend sich in der El'cin-Phase kaum jemand darum kümmerte, gewann diese Feststellung unter Putin politische Bedeutung.

In allen postsowjetischen Staaten war die Wirtschaftsfrage das zentrale Thema. Einerseits hatte hierin der sich auf Marx berufende Staatsansatz beruht, andererseits wuchs mit der Abkehr vom Kommunismus die Tendenz, marktwirtschaftliche Verhältnisse einzuführen. Damit aber kollidierte nicht nur, dass die Wirtschaftsstrukturen nicht auf einen Markt ausgerichtet gewesen waren. Da es vorher praktisch nur den Staat als Besitzer gegeben hatte, nun aber die Privatwirtschaft vorherrschen sollte, stellte sich die Frage, wie die gewünschte Transition vonstatten gehen sollte.

Die Extreme der Aufschiebung und Verhinderung von Reformen (wie sie Belarus praktizierte) oder der „Schocktherapie“ der sofortigen liberalisierenden Umstellung (wie in Polen und in Russland) wurden in der Ukraine diskutiert. Die Regierung unter dem Ministerpräsidenten Vitol'd Fokin beschritt zunächst den ersten Weg. Mit den Regierungen von Belarus und Russland vereinbarte man, keine Transformationen zu überstürzen und die Steuer- und Budgetpolitik abzustimmen.

Tatsächlich gab es in der Ukraine zunächst fast gar keine Privatisierung, stattdessen wurden auch unrentable Unternehmen mit Krediten am Leben gehalten. Unter dem Druck der Öffentlichkeit musste Fokin im Oktober 1992 zurücktreten, an seiner Stelle wurde Leonid Kučma Ministerpräsident. Kučma schlug einen gemäßigten Reformweg vor, trennte seine Politik von derjenigen der anderen beiden slavischen Republiken und ließ sich für sechs Monate Sondervollmachten durch das Parlament erteilen.

Die Ukraine unterschied sich von anderen früheren Sowjetrepubliken. Die meisten von ihnen begannen sich nach einer Ernüchterungsphase wieder auf Russland zuzubewegen. Außer dem Baltikum und – nach mehreren Zickzack-Bewegungen – Georgien beharrte nur die Ukraine auf einem völlig von Russland getrennten politischen Kurs. Dies war aber insofern schwierig, als man in Russland die Ukraine kaum als Fremdgebiet anerkannte und zudem die wirtschaftliche Abhängigkeit voneinander nicht zu übergehen war. Dabei war die russische Politik in der ersten Hälfte der 1990er Jahre nicht ausgesprochen nationalistisch. Den postsowjetischen Raum, das „nahe Ausland“, sah man zwar als russische Interessensphäre an und das Ideal der ostslavischen Einheit wurde wenig hinterfragt, aber eine vollständige Unterwerfung der postsowjetischen Gebiete wurde unter El'cin nur von Randgruppen thematisiert. Susanne

Spahn spricht von einer „Achtung der Souveränität“ bei gleichzeitigem „Primat der Wirtschaftsinteressen“.¹³

In der ukrainischen Politik ging es 1993 – ähnlich wie in Russland – turbulent zu. Als nach einer Freigabe der Preise für Grundnahrungsmittel ein neuer Preisschub eintrat und Kučma den privaten Grunderwerb legalisieren wollte, kam es zu Protesten. Im Mai 1993 entzog die *Verchovna Rada* Kučma die Sondervollmachten und vergab sie direkt an den Präsidenten Kravčuk. Als im Juni 1993 die Strom- und Heizungskosten erhöht und die bis dahin nur nominellen Mieten angetastet wurden, kam es erstmals im ostukrainischen Donbass zu einem unbefristeten Streik, in dem auch die Autonomie des Gebiets gefordert wurde. Im selben Monat wurde mit Russland ein Abkommen über verbilligte Erdgaslieferungen unterzeichnet – dieses Thema sollte die Beziehungen weiter belasten, es demonstrierte aber, in welchem Maße die Ukraine von Russland abhängig war. Im September 1993 wurde Kučma als Ministerpräsident abgesetzt und durch Juchym Zvjahil's'kyj ersetzt. Dieser kooperierte eng mit Kravčuk und wurde von Kučma-Anhängern beschuldigt, 300 Mio. Dollar illegal ins Ausland gebracht zu haben. Als die Ermittlungen ihm zu nahe kamen, floh er 1994 nach Israel und blieb dort bis 1997.

Es ist nicht klar, inwieweit Zvjahil's'kyj tatsächlich schuldig war, aber klar ist, dass eine verbreitete Selbstbedienung bei den neu aufgestiegenen Machthabern der Ukraine erkennbar wurde, die das Land in einen Hort der Korruption verwandelten. Mit Absprachen und anderen Tricks eigneten sich Politiker und andere jüngere Leute die Filetstücke der Staatsindustrie an. Diese „Oligarchen“ beherrschten ganze Landesteile und schufen sich auch medialen Einfluss, der immerhin zu einer Diversifizierung der Medienlandschaft führte.

Die oben angesprochenen Streiks im Donbass hatten eine weitergehende Auswirkung. Die bis dahin von der Sowjetunion gehätschelte und gut versorgte Arbeiterbevölkerung verspürte am deutlichsten den wirtschaftlichen Verfall und forderte die Wiedereinsetzung der Kommunistischen Partei, die im Zuge des August-Putsches 1991 verboten worden war. Am 19. Juni 1993 konstituierte sich in Donec'k die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU), die im Oktober registriert wurde. Sie erklärte sich unter ihrem Ersten Sekretär Petro Symonenko, der 1952 in Stalino/ Donec'k geboren wurde, zu einer neuen Partei und stand zumindest formal auf dem Boden der Unabhängigkeit der Ukraine.

¹³ SUSANNE SPAHN, Die Außenpolitik Russlands gegenüber der Ukraine und Weißrussland von 1991 bis 1998, Herne 2000, S. 225.

Das politische Durcheinander wird durch die Tatsache illustriert, dass das Parlament (wie dasjenige Russlands) ein allgemeines Referendum durchführen wollte, in dem Kravčuk das Misstrauen ausgesprochen werden sollte. Dies hätte die Ukraine führungslos gelassen. Da seit 1990 keine Parlamentswahlen mehr stattgefunden hatten, hätte das nach modifizierten sowjetischen Wahlen gewählte Parlament in der alten Zusammensetzung (ca. 75 Prozent KPdSU, 25 Prozent Oppositionelle des Demokratischen Blocks) über den Zustand des Staates bestimmen können. Nachdem die KPU jedoch wiederentstanden war, glaubte man, sich auch auf Neuwahlen einlassen zu können. Sie verließen schleppend, weil oft das Quorum in den Wahlkreisen nicht erreicht wurde. Nach drei Wahlgängen erhielten die Kandidaten der KPU die meisten parteigebundenen Stimmen, aber mehr als 50 Prozent der Abgeordneten wurden nach reinem Mehrheitswahlrecht als „Unabhängige“ gewählt, sodass die Zusammensetzung der *Rada* unscharf war.

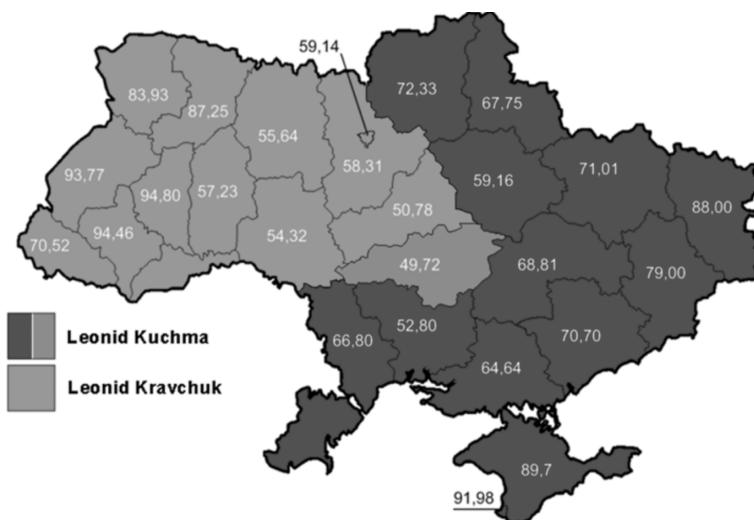


Abb. 1: Ergebnisse der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen 1994

Am 26. Juni und am 10. Juli 1994 fanden aber Präsidentenwahlen statt, die beiden Sieger des ersten Wahlgangs kamen zu dem zweiten Datum in die Stichwahl. Aus der ersten Wahl gingen die beiden als „Unabhängige“ kandidierenden Leonid Kravčuk und Leonid Kučma als Sieger hervor. Nun kandidierten sie gegeneinander, wobei Kučma Kravčuk relativ knapp (52 zu 45 Prozent) besiegen konnte. Kravčuk (ex KP-Chef, aber Wolhy-

nier) erreichte seine besten Werte im Westen des Landes, aus dem eigentlich die Opposition gekommen war, Kučma (russischsprachiger Ingenieur aus Dnipropetrovs'k) wurde von dem stärker russischsprachigen Osten und Süden gewählt. Die politische Teilung der Ukraine wurde in den Wahlpräferenzen deutlich. Aber während 1991 nur der äußerste galizische Westen an den Oppositionellen Čornovil gegangen war – Kravčuk galt zu der Zeit noch als Kommunist – konnte der „gewendete“ Kravčuk nicht nur im ganzen Westen, sondern auch in großen Teilen der Zentralukraine einschließlich der Hauptstadt Kiev reüssieren. Allerdings reichte das nicht zum Sieg. Das Präsidentenamt ging an seinen Rivalen Kučma. Diese politische Aufteilung, die mehr oder weniger der territorialen Entwicklung der Ukraine seit dem 18. Jahrhundert entsprach, blieb bis zu den Majdan-Ereignissen 2014 relativ konstant und begünstigte bei dem annähernden Gleichstand mal die eine, mal die andere Seite.

Im Wirtschaftsbereich wandte sich Kučma Russland zu, ohne dessen Energielieferungen die Ukraine nicht auskommen konnte. Allerdings sollten die Wirtschaftsbeziehungen mit Russland bilateral ablaufen und nicht über ein GUS-Organ gestaltet werden. Auf diese Weise hoffte Kučma, die Handlungsfähigkeit der Ukraine zu erhalten. Deshalb lehnte er auch eine Zollunion mit Russland ab. Während Belarus zu Russland in eine weitergehende Abhängigkeit geriet, verweigerte sich die Ukraine einer zu großen Nähe.¹⁴ Dafür leitete Kučma nun ein erweitertes Privatisierungs- und Liberalisierungsprogramm ein, das zwar gewisse Erfolge hatte, aber auch das ukrainische Oligarchen-System festigte.

Eigentlich sah die Lage nicht schlecht aus. Man kann mit dem Publizisten Christian Wipperfürth sagen, dass die Ukraine eine „Äquidistanz zwischen Russland und dem Westen“ praktizierte. Er begründete dies mit der anfänglichen Zurückhaltung des Westens und dessen Inanspruchnahme durch die Jugoslawien-Kriege. Russland sei ebenfalls mit sich selber beschäftigt gewesen und zudem vom Westen noch nicht herausgefordert.¹⁵ Nach einem am 31. Mai 1997 abgeschlossenen „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft“, in dem Russland die Ukraine als einen unabhängigen Staat anerkannte und die beiden Parteien einander die Achtung der territorialen Integrität und der Grenzen zusagten, nach dem „Abkommen über die Schwarzmeerflotte“ 1997 und dem „Vertrag über die wirtschaftliche Zusammenarbeit“ 1998 schienen die Probleme

¹⁴ SPAHN, Die Außenpolitik Russlands, S. 79 f.

¹⁵ CHRISTIAN WIPPERFÜRTH, Die Ukraine im westlich-russischen Spannungsfeld, Oldenbourg u. a. 2015, S. 9.

ausgeräumt zu sein.¹⁶ Unter dem russischen Präsidenten Putin erwiesen sich die Verträge als wertlos, Russland annektierte die Krim und engagierte sich in der Ostukraine. Der Freundschaftsvertrag wurde 2018 nicht verlängert. Russland sei wirtschaftlich und politisch aktiviert worden – so Wipperfürth – und die ukrainische Politik sei „sprunghafter“ geworden, „da die Führung des Landes glaubte, mal dem einen, mal dem anderen der etwa gleich starken innenpolitischen Lager Zugeständnisse machen zu müssen.“¹⁷ Auch wenn dies nicht die ganze Wahrheit ist, änderte sich die politische Lage im neuen Jahrhundert auf beiden Seiten langsam, aber grundlegend.

Zentralstaat oder Föderalisierung?

Die Frage der staatsrechtlichen Gestaltung der Ukraine hemmt bis heute die Lösung ukrainischer Probleme. Ukrainische Nationalisten sehen in föderalen Strukturen die Basis dafür, dass die stärker russischsprachigen Gebiete von der Ukraine abfallen, während viele Russischsprachige in einer föderalen Gestaltung die Berücksichtigung regionaler Differenzen erblicken. In den ostukrainischen Oblasti Donec'k und Luhans'k haben 1994 regionale Referenden stattgefunden, in denen sich eine überwältigende Mehrheit für die Föderalisierung der Ukraine ausgesprochen hat. Daher versicherte sich Kučma für die Wahlen der Unterstützung des Physikers und Politikers Volodymyr Hrynn'ov, der – aus der „demokratischen

¹⁶ Art. 2: „Vysoki Dohovirni Storony vidpovidno do položen' Statutu OON i zovov'jazan' po Zaključnomu aktu Narady z bezpeky i spivrobitnyctva v Jevropi považajut' terytorial'nu cilisnist' odna odnoi i pidtverdžujut' neporušnist' isnujučych miž nymy kordoniv.“ [„Die Hohen Vertragschließenden Parteien garantieren einander gemäß den Bestimmungen des Statuts der UNO und Verpflichtungen aus dem geschlossenen Akt der OSZE die territoriale Integrität und bestätigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenzen.“] Dohovir pro družbu, spivrobitnyctvo i partnerstvo miž Ukráinoju i Rosijs'koju Federacijeju [Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen der Ukraine und der Russländischen Föderation], https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/643_006#Text; Uhoda miž Ukráinoju i Rosijs'koju Federacijeju pro status ta umovy perebuvannja Čornomors'koho flotu Rosijs'koj Federacii na terytorii Ukráiny [Vereinbarung zwischen der Ukraine und der Russländischen Föderation über den Status und die Bedingungen des Verbleibs der Schwarzmeefflotte der Russländischen Föderation auf dem Territorium der Ukraine], 28.05.1997, https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/643_076#Text; Dohovir miž Ukráinoju ta Rosijs'koju Federacijeju pro ekonomične spivrobitnyctvo na 1998–2007 roky [Vertrag zwischen der Ukraine und der Russländischen Föderation über die ökonomische Zusammenarbeit für die Jahre 1998–2007], 27.02.1998, https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/643_091#Text (Zugriffe: 02.03.2021).

¹⁷ WIPPERFÜRTH, Die Ukraine, S. 10.

Plattform“ der KPU kommend – ein Anhänger der Föderalisierung der Ukraine und der Aufrechterhaltung der Beziehungen zu Russland war. Letzteres hatte sicherlich auch damit zu tun, dass Hrynov aus dem russischen Kursk stammte. Kučma und Hrynov schufen den Interregionalen Reformblock (*Mižrejional'nyj blok reform*), der die Liberalen und die Wirtschaft zusammenführen sollte. Hrynovs politische Ziele waren mit ein Grund dafür, dass der Osten bei den Präsidentenwahlen Kučma wählte und Schritte in Richtung einer föderalen Gestaltung des Staates erwartete. Er hat in seinem 1995 zweisprachig erschienenen Buch geschrieben:

„Die Selbständigkeit der Regionen in der kulturellen und sozio-ökonomischen Politik beseitigt auf natürliche Weise das Konfrontationspotential zwischen ihnen und dem Zentrum, sie verlegt den Schwerpunkt der Sicherung der Bevölkerungsinteressen in die Regionen und erhöht gleichzeitig die Möglichkeit, die erforderlichen Mittel zu gewinnen. Damit verstärkt sie das Interesse der Regionen an der Stabilität des Staates [...]. Daraus ergibt sich, dass gerade der föderative Staatstyp [...] das Potential interregionaler Konsolidierung schafft.“¹⁸

Inzwischen hatte aber Kučma erkennen müssen, dass er mit einer Föderalisierung die Unterstützung des Landeswestens verlieren würde. Zwar entschärzte er Kravčuks Ukrainisierungspolitik, aber eine noch stärkere Ausrichtung auf russische Kultur wollte und konnte er sich nicht leisten. Hrynov wurde zwar Berater Kučmas und durfte an der Verfassung, die 1996 verabschiedet wurde, mitarbeiten, aber sein Einfluss schwand. Seine Analyse: „Wir versuchen, uns irgendwie an europäische Prinzipien zu halten, und gleichzeitig rutschen wir in die ärmlichsten Prinzipien eines ethnischen Staates hinein.“¹⁹ Die Chance einer Inklusion der ostukrainischen Russischsprachigen wurde so weitgehend vertan.

In seinem Buch kritisierte Kučma unberechtigt die ukrainische Politik der Jahre 1991 bis 1994, die drei Maximen gefolgt sei:

- sie habe stets nur auf die Politik Russlands reagiert;
- die ukrainische Unabhängigkeit sei nicht als Selbstwert, sondern als Faktor in der Politik ihrer Partner („mit Russland oder gegen Russland“) gesehen worden;

¹⁸ VOLODYMIR B. HRYN'OV, *Nova Ukraïna: jakuju ja iš baču* [Die neue Ukraine, wie ich sie sehe], Kyiv 1995, S. 37; in der russischen Ausgabe S. 39 f. Zur Darstellung seiner Inklusionspolitik gab Hrynov in einem Band sein Buch in Russisch und Ukrainisch als *tête-bêche* heraus. Je nachdem in welcher Richtung man las, waren beide Sprachversionen gleichberechtigt.

¹⁹ GENNADIJ KORŽ, Grinev, <https://biography.wikireading.ru/169389> (Zugriff: 23.01.2021). Hrynov arbeitete zeitweise mit Juščenko zusammen und verließ dann die Politik.

- für den Fall des Scheiterns habe man immer die Rückkehr zu Russland in der Hinterhand gehabt.²⁰

Die angeblich fehlende Abnabelung von Russland wurde jedoch eher von Kučma als ein Sicherheitselement aufgefasst. Während der El’cin-Zeit versuchten die russischen Politiker, wenngleich noch nicht so deutlich wie Putin, über die GUS ihren Einfluss im „nahen Ausland“ aufrechtzuerhalten und diesen Raum als „exklusive Einflusssphäre“ zu betrachten.²¹ Kravčuk lehnte dies ab, Kučma ließ sich darauf aus Pragmatismus ein Stück weit ein. Was also 2013 aufbrach, war eigentlich ein altes Problem – nur hatte Russland seine Ziele in den 1990er Jahren nicht alle durchsetzen können, und die Ukraine hatte sich in der Zwischenzeit politisch emanzipiert. Die politischen Entwicklungen der beiden Staaten wiesen mindestens partiell in verschiedene Richtungen. Hatte man in Russland an ein Substitut für die UdSSR gedacht, so war für die Ukraine die GUS das Instrument einer „zivilisierten Scheidung“.²²

Deutlich wurden die „multivektorale“ von Kučma betriebene Politik, das Versagen der GUS und die zentrifugalen Tendenzen, als eine Gegenorganisation gegen die GUS entstand. Am 10. Oktober 1997 gründeten in Straßburg Georgien, die Ukraine, Aserbaidschan und Moldawien eine informelle Vereinigung, die nach den Anfangsbuchstaben ihrer Mitglieder als GUAM bezeichnet wurde. Zeitweise gehörte auch Usbekistan dazu.²³ Die GUAM-Staaten hatten gemein, dass sie in einer Opposition zu Russland standen, das auf ihren Territorien Separatisten (Abchasien/Südossetien, Berg-Karabach, Transnistrien [PMR]) unterstützte oder dazu imstande schien (Krim). Sie waren daher der GUS und vor allem Russland gegenüber reserviert und wurden auch allgemein als ein Bündnis gegen Moskau verstanden. Was als postsowjetisches Internum hätte gelten können, verlor diesen Status, als die USA sich für den Zusammenschluss zu interessieren begannen.²⁴

²⁰ KUČMA, Ukraina – ne Rossija, S. 140 f.

²¹ SPAHN, Die Außenpolitik Russlands, S. 79.

²² OLGA ALEXANDROVA, Russland und die GUS, in: Wissenschaft und Frieden 18 (2000), H. 2, <https://www.wissenschaft-und-frieden.de/artikel/russland-und-die-gus/> (Zugriff: 20.05.2022).

²³ Präsident Islam Karimov wollte die Beziehungen zu Russland nicht beschädigen und trat nach der „Orangen Revolution“ aus der Organisation aus.

²⁴ Die USA versuchten, GUAM zu einer „wichtigen regionalen Organisation“ aufzuwerten, woraufhin GUAM für Russland als „amerikanische Strategie zur Schwächung Russlands im Südkaukasus“ galt. SPAHN, Staatliche Unabhängigkeit, S. 91.

Nach den Ereignissen von 2014 wurde die GUAM-Zusammenarbeit ansatzweise wiederbelebt.²⁵ Die Furcht vor den Konsequenzen einer Föderalisierung wirkt sich bis heute aus. In den Minsker Vereinbarungen von 2015 hatte sich die Ukraine verpflichtet, den Separatistengebieten von Donec'k und Luhans'k einen besonderen Status innerhalb der Ukraine zu verleihen. Alle Versuche in dieser Richtung scheiterten jedoch an den seit 2014 die Mehrheit besitzenden nationalorientierten Kräften, was einen der Gründe abgibt, warum es in der Regelung der ostukrainischen Probleme in den weiterführenden Fragen zu einem Stillstand kam.

Sprache und Nationalität

Kučma suchte stets nach pragmatischen Möglichkeiten. Er verlangsamte die Ukrainisierung – was nicht zuletzt damit zusammenhing, dass Kučma selbst die ukrainische Sprache erst erlernen musste.²⁶ Allerdings hielt er die Ukrainisierung grundsätzlich für einen Ausdruck der „Gerechtigkeit“, nachdem einige Generationen lang die „Ungleichheit zweier Sprachen“ praktiziert worden war, und er sprach sich ausdrücklich (entgegen dem, „was man uns in Europa empfiehlt“) gegen die Gleichberechtigung der ukrainischen und der russischen Sprache aus. Ironischerweise tat er dies auf Russisch in einem in Russland herausgegebenen Buch.²⁷

Noch in der Sowjetzeit war am 28. Oktober 1989 ein Gesetz verabschiedet worden, das das Ukrainische zur alleinigen Staatssprache der Ukrainischen SSR erklärte, den anderen Sprachen allerdings staatlichen Schutz versprach. Unter Kravčuk wurde die Ukrainisierung im Bildungswesen und in den Massenmedien vorangetrieben, wobei zunächst vernachlässigt wurde, dass in weiten Teilen der Ukraine die Einwohner sich zwar als Ukrainer identifizierten, sich aber im täglichen Umgang der russischen Sprache bedienten. Im Artikel 10 der ukrainischen Verfassung von 1996 wurde – was wenig bekannt ist – neben der Bestimmung der ukrainischen Sprache zur offiziellen Staatssprache ausdrücklich „die freie

²⁵ KIRILL SOKOV, GUAM kak ‚sanitarny kordon‘ vnov' vostrebovan [GUAM wird als cordon sanitaire wieder benötigt], Ritm Evrazii, 26.05.2017, <https://www.ritmeurasia.org/news-2017-05-26-guam-kak-sanitarnyj-kordon-protiv-rossii-vnov-vostrebovan-30361> (Zugriff: 21.11.2019).

²⁶ In seinem Buch gab er zu, dass er, „vorwiegend in der russischen Kultur erzogen“, zunächst ein Kapitel „Meine Entdeckung der Ukraine“ hätte schreiben wollen, dass dieses Kapitel aber zu ausladend geworden wäre. KUČMA, Ukraina – ne Rossija, S. 506.

²⁷ Ebd., S. 287, 293.

Entwicklung, die Benutzung und der Schutz der russischen [Sprache] und der anderen Sprachen der nationalen Minderheiten“ festgelegt, wobei die russische Sprache besonders hervorgehoben wurde. Diese Bestimmungen wurden durch das Verfassungsgericht der Ukraine 1999 noch einmal präzisiert.²⁸

Was in der Ukraine fehlt, ist – wie in Irland – die Kongruenz von Sprachgebrauch und Nationalgefühl. Im Jahre 2002 kam z. B. eine russische repräsentative Erhebung in der gesamten Ukraine zu dem Ergebnis, dass auf die Frage „In welcher Sprache fällt es Ihnen leichter sich zu unterhalten?“ 44 Prozent sich für Russisch erklärten, 40 Prozent für Ukrainisch und 13 Prozent beide Sprachen gleich gut zu beherrschen angaben. In den *Oblast*‑Hauptstädten wählten in dieser Umfrage 75 Prozent Russisch und auf dem Land 65 Prozent Ukrainisch.²⁹

Die Frage nach der Muttersprache (*rodnoj jazyk – ridna mova*), gestellt von der Akademie der Wissenschaften der Ukraine, ergab ein anderes Ergebnis: 1994 gaben 34,7 Prozent Russisch als Muttersprache an, und dieser Wert schwankte dann zwar etwas, blieb aber auch 2005 bei 34,1 Prozent.³⁰ Im allgemeinen Diskurs und der staatlichen Argumentation wurde jedoch eher eine dritte Kategorie hervorgehoben, nach der in den Volkszählungen gefragt wurde, nämlich nach der ethnischen Identität. Diese ergab 1989 einen Ukrainer-Anteil von 72,7 Prozent und für Russen einen Wert von 22,1 Prozent. Der Zensus von 2001 vermerkte einen Anstieg der Ukrainer auf 77,8 Prozent und ein Absinken der Russen auf 17,3 Prozent.³¹

Die Differenz zwischen den verschiedenen Erhebungen ist mit der Inkongruenz der (angenommenen) ethnischen Zugehörigkeit und der

²⁸ „V Ukrainsi harantujet’sja vil’nyj rozvityk, vykorystannja i zachist rosijs’koj, inšykh mov nacional’nych menšyn Ukrainsi.“ [„In der Ukraine wird die freie Entwicklung, Nutzung und der Schutz der russischen und der anderen Sprachen der nationalen Minderheiten der Ukraine garantiert.“] Konstytucija Ukrainsi. Vidomosti Verchovnoi Rady Ukrainsi (BBP), 1996, Nr. 30, Art. II, <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/en/constitution?lang=uk#Text> (Zugriff: 20.05.2022).

²⁹ Na Ukraine russkojazyčnych bol’se, čem ukrainojazyčnych [In der Ukraine gibt es mehr russischsprachige als ukrainischsprachige], Demoskop Weekly, Nr. 59/60, 18.–31.03. 2002, http://www.demoscope.ru/weekly/2002/059/panorama_01.php#13 (Zugriff: 12.04. 2016).

³⁰ N. V. PANINA, Ukrains’ke suspil’stvo 1994–2005. Sociolohičnyj monitoring [Die ukrainische Gesellschaft 1994–2005. Soziologisches Monitoring], Kyiv 2005, S. 68.

³¹ SERHII ČORNYJ, Nacional’nyj sklad naselennja Ukrainsi v XX storičči. Dovidnyk [Die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung der Ukraine im 20. Jahrhundert. Nachschlagewerk], Kyiv 2001.

Umgangssprache zu erklären. Da in sowjetischer Zeit (bis auf kurze Perioden in den 1920er Jahren und in der Šelest-Ära) das Russische als „modernere“ und bessere Chancen eröffnende Sprache galt, gleichzeitig natürlich den Umgang mit den anderen Gebieten des Riesenreiches und den Besuch seiner Hochschulen ermöglichte, war die Kenntnis des Russischen (bis auf alte Menschen in den Dörfern) praktisch allumfassend, damit auch die Leichtigkeit, mit der man sich auf Russisch verständigen konnte. Dies hatte aber nur wenig damit zu tun, ob man sich als Russe oder als Ukrainer verstand.

Die Sprache schien dennoch das augenfälligste Unterscheidungsmerkmal zwischen Russen und Ukrainern zu sein. Religion, Geschichte, Verwandtschaften und Sozialstrukturen gaben keine distinktiven Unterschiede her, die man ohne weiteres als „ukrainisch“ oder „russisch“ etikettieren konnte. Da auch in der Sowjetzeit Unterschiede zwischen den Nationalitäten administrativ und durch die Sprache essentialisiert wurden (in Zentralasien wurden geradezu Nationalitäten durch die Kodifizierung entfernter Dialekte der Turksprache kreiert), blieb die Bedeutung der Sprachenfrage nun, da es um die Definition separater Staatlichkeit ging, erhalten. Gasimov kann daher schreiben, dass „für die Nations- und Staatswerdung [...] die ukrainische Sprache eine außerordentlich wichtige Rolle“ spielte.³² Der Politologe Volodymyr Kulyk nannte sie ein „symbolisches Attribut des ukrainischen Staates“.³³

Unter dem Präsidenten Kravčuk wurde die Umstellung auf die ukrainische Sprache nach Kräften gefördert, was bei seinen Gegnern in der Ost- und Südukraine Ängste beförderte, sie würden ihrer russischen Ausdrucksmöglichkeiten beraubt. Tatsächlich wurden auf der Ebene der Akademie der Wissenschaften Institutionen eingerichtet, die die ukrainische Sprache fördern, aber auch den neuen Anforderungen entsprechend ergänzen sollten.³⁴ Es wurden Kampagnen zur „Reinigung“ des

³² ZAUR GASIMOV, Mova und Jazyk. Die Sprachenfrage in der Ukraine, in: Osteuropa 60 (2010), H. 2/4, S. 403–411, hier S. 404.

³³ VOLODYMYR KULYK, Gespaltene Zungen, in: Osteuropa 60 (2010), H. 2/4, S. 391–402, hier S. 393.

³⁴ Auch dies ist kein ukrainisches Monopol. Es gibt einige Beispiele dafür, dass Sprachen, die nur in einem spezifischen Milieu gebraucht wurden und zu allgemeinen und Literatursprachen aufgewertet werden sollten, in eigens eingerichteten Instituten „gereinigt“ und um neue Begriffe ergänzt wurden und werden. Die hebräische Sprache wurde seit 1890 durch das Hebrew Language Committee, ab 1953 durch die der Hebräischen Universität angeschlossene israelische Akademie für die Hebräische Sprache reformiert. Die lateinische Sprache wird durch die vatikanische Pontificia Academia Latinitatis gepflegt.

Ukrainischen unternommen, die sich vor allem gegen den *suržik* richteten, eine nach einem Mischgetreide benannte Mischsprache aus russischen und ukrainischen Elementen, die wegen der Binnenmigration in der Ukraine sehr verbreitet war. Was bei dieser „Authentisierung“ nicht beachtet wird, ist, dass praktisch alle Sprachen Mischsprachen sind, die „Fremdwörter“ aufnehmen, wenn dies opportun ist.

Die illiberale Ukrainisierung wurde von den staatlichen Vertretern durchaus zugegeben und mit einer möglichen Ablehnung des Ukrainischen bei staatlicher Zweisprachigkeit begründet. Der ukrainische UN-Botschafter Volodymyr Vasylenko erklärte 2008, die russische Sprache sei ein Instrument der Vernichtung der ukrainischen Sprache.³⁵ Die Sprachen seien zudem einander zu ähnlich, um gleichberechtigt nebeneinander zu existieren. Der in Kanada geprägte Terminus des Linguozids, der in Bezug auf einen Teil der Sowjetzeit durchaus angebracht war,³⁶ wurde von der an der Kiever Mohyla-Universität lehrenden Linguistin Larysa Masenko³⁷ aufgegriffen und als Teilüberschrift der von ihr maßgebend gestalteten Ausgabe von Dokumenten zur sowjetischen Sprachpolitik eingesetzt.³⁸

Nachdem Viktor Janukovyč 2010 als Repräsentant des Ostens Präsident der Ukraine geworden war, verabschiedete das Parlament 2012 ein als Kivalov-Kolesničenko-Gesetz bekannt gewordenes Dokument, durch das in Regionen, in denen mindestens 10 Prozent der Einwohner eine andere als die ukrainische Sprache benutzten, diese Sprache zur Regionalsprache erklärt werden konnte.³⁹ In einigen Kreisen der Karpato-Ukraine

³⁵ GASIMOV, Mova, S. 407. Auch zu dem Folgenden vgl. ebd., S. 407–409.

³⁶ JAROSLAV B. RUDNYC'KYJ, *Linguicide – Movovbyvstvo*. Winnipeg / München 1976. Der Verfasser (1910–1995) war von 1938 an am Ukrainischen Wissenschaftlichen Institut in Berlin (UWI) beschäftigt, danach ab 1940 an der Ukrainischen Freien Universität in Prag, er verantwortete am UWI 1943 das Ukrainisch-Deutsche Wörterbuch (Z. KUZELJA / J. RUDNYČKYJ, *Ukrainisch-deutsches Wörterbuch*, Leipzig 1943). In der 3. Auflage (Wiesbaden 1987) wurde die erste Auflage nicht erwähnt.

³⁷ „Im Falle der Anhebung des Status der russischen Sprache zur staatlichen würde der Index der Konflikthaftigkeit bis 0,716 anwachsen. Damit wäre nach Ansicht der Fachleute die Bedrohung der Harmonie im Falle der Gleichsetzung des Status der ukrainischen und der russischen Sprache sehr groß.“ LARYSA MASENKO, *Mova i suspil'stvo. Postkolonial'nyj vymir [Sprache und Gesellschaft. Die postkoloniale Dimension]*, Kyiv 2004; <http://varnak.psend.com/lmasenko.html#ch13> (Zugriff: 12.02.2021).

³⁸ Ukrains'ka mova u XX storičči. Dokumenty i materialy [Die ukrainische Sprache im 20. Jahrhundert. Dokumente und Materialien], hg. v. LARYSA MASENKO u. a., Kyiv 2005.

³⁹ „[...] jakščo kil'kist' osib – nosiūv rehional'noi movy, ščo prožvajut' na terytorii na jakij pošyrena cja mova, stanovyt' 10 vidsotkiv i bil'se čysel'nosti iū naselennja“ [„wenn die Anzahl der Personen, die Träger der Regionalsprache, welche auf dem Territorium, wo

profitierte davon Ungarisch, in Teilen der der Bukowina Rumänisch, aber eigentliches Zielobjekt war die Ost- und Südukraine, wo es zugunsten des Russischen rasch umgesetzt wurde. Durchaus geschickt beriefen sich die Befürworter auf die 1992 aufgelegte und in der Ukraine am 1. Januar 2006 in Kraft getretene Europäische Charta für Regional- und Minderheitensprachen. Die Gegner wiederum kritisierten Verfahrensmängel wie fehlende Lesungen und dass das Gesetz die Stellung der Staatssprache Ukrainisch beschädige, was wiederum der Charta widerspräche. Auch könne man beim besten Willen nicht erkennen, dass das Russische zu den Sprachen gehörte, „von denen einige allmählich zu verschwinden drohen“.⁴⁰ Andererseits war es nur berechtigt, den vielen russischsprachigen Ukrainern den Gebrauch ihrer Mutter- und Umgangssprache in Verwaltung und Öffentlichkeit zu ermöglichen.

Die Sprachenfrage gewann dann auch weiter politische Bedeutung: Als eine der ersten Maßnahmen nach der Flucht Janukovyc' im Februar 2014 beschloss das Parlament der Ukraine die Abschaffung des Gesetzes. Der als provisorischer Präsident amtierende Parlamentsvorsitzende Oleksander Turčynov weigerte sich jedoch, es zu unterzeichnen, so dass das Gesetz in Kraft blieb. In der russischen Propaganda wurde die Abschaffung jedoch propagandistisch als vollendete Tatsache verbreitet, und dieser Umstand trug nicht unerheblich zu einer Anti-Majdan-Stimmung auf der Krim und in der Ostukraine bei.

Das Gesetz galt jedoch vorerst weiter. Allerdings ist die Geschichte damit nicht zu Ende. Am 28. Februar 2018 gab das Verfassungsgericht der Ukraine ein nicht berufungsfähiges Urteil heraus, in dem das Regionalsprachen-Gesetz aus Verfahrensgründen für verfassungswidrig (unkonstitutionell) erklärt wurde.⁴¹ Damit war nach vier Jahren tatsächlich das

diese Sprache verbreitet ist, 10 Prozent und mehr der Quantität ihrer Bevölkerung ausmacht“]. *Zakon Ukrayny pro zasady deržavnoї movnoї polityky* [Gesetz der Ukraine über die Grundsätze der staatlichen Sprachenpolitik], Vidomosti Verchovnoї Rady (BBP), 2013, Nr. 23, Art. II, <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/en/5029-17#Text> (Zugriff: 23.03.2021).

⁴⁰ Deutscher Text aus der Sammlung Europäischer Verträge, Nr. 148: <https://www.coe.int/de/web/conventions/full-list/-/conventions/rms/090000168007c089> (Zugriff: 01.03.2021).

⁴¹ „Vyznaty takym, що ne vidpovidaje Konstytucii Ukrayny (je nekonstytucijnym) Zakon Ukrayny ‚Pro zasady deržavnoї movnoї polityky‘ vid 3 lypnja 2012“ [„anzuerkennen, dass das Gesetz der Ukraine ‚Über die Grundsätze der staatlichen Sprachenpolitik‘ vom 3. Juli 2012 nicht der Verfassung der Ukraine entspricht (nicht verfassungsgemäß ist“]. Rišennja Konstytucijnoho Sudu Ukrayny u sprawi za konstytucijnym podannjam 57 narodnych deputativ Ukrayny щodo vidpovidnosti Konstytucii Ukrayny (konstytucijnosti)

eingetreten, was man bis dahin immer zu Recht als russische Falschpropaganda gerügt hatte. Die Ankündigung, es werde ein neues Sprachengesetz geben, blieb bisher ohne sichtbares Resultat.

Die Krim: russisch, ukrainisch oder unabhängig?

Aber zurück in die 1990er Jahre. Unmittelbar nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde die Frage der Zugehörigkeit der Krim thematisiert. Eigentlich sollten – wie bei der Dekolonialisierung Afrikas – die sowjetischen Grenzen nicht angetastet werden, um endlose Konflikte zu vermeiden. Die Realität sah anders aus – und die Konflikte halten an.

Die historische Lage legte nicht gerade eine Zuordnung der Krim zur Ukraine nahe. Zur Zeit der Kiever Rus' galt sie als griechisch und als Kolonialland von Byzanz und Genuesen, die mit den nicht-slavischen Steppenvölkern (Skythen) zusammentrafen und Handel trieben. Danach kamen die Tataren-Mongolen, deren Herrschaft erst 1783 durch die russische Oberhoheit ersetzt wurde. Sowohl die mentale als auch die materielle Aneignung ging dann in Richtung Russlands und seines Imperiums, sowohl die Urlaubsresidenzen als auch das vergossene Blut des Krimkriegs wiesen auf das Gesamtreich.⁴² Die Krim wurde zur russischen Riviera und zum durch den Krimkrieg sakralisierten russischen Boden. Im dritten Universal der *Ukraїns'ka Narodna Respublika* (UNR) im November 1917, in dem das Territorium der neuen ukrainischen Republik abgesteckt wurde, blieb die Krim unberücksichtigt.

In der frühen Sowjetzeit war die Krim eine Autonome Republik im Rahmen der RSFSR, deren Titularnation die Krimtataren waren. Krimtatarisch war dementsprechend auch die Amtssprache neben Russisch. Aus der Sommerfrische des Adels wurde das Ferienziel des sowjetischen Proletariats und der Funktionäre. Nachdem die Krimtataren der Kollaboration mit den deutschen Besatzern im Zweiten Weltkrieg beschuldigt und im Mai 1944 (wie auch die örtlichen Armenier, Griechen und Bulgaren) samt und sonders nach Zentralasien deportiert worden waren, verlor die Krim,

Zakonu Ukraїny „Pro zasady deržavnoї movnoї polityky“ [Entscheidung des Verfassungsgerichts der Ukraine in der Sache der Verfassungseingabe von 57 Volksdeputierten der Ukraine bezüglich dessen, ob das Gesetz der Ukraine „Über die Grundsätze der staatlichen Sprachpolitik“ der Verfassung der Ukraine entspricht (verfassungsgemäß ist)], Oficijnyj vistnyk Ukraїny, 15.05.2018, <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/v002p710-18/print> (Zugriff: 23.02.2021).

⁴² KERSTIN S. JOBST, Die Perle des Imperiums, Konstanz 2007.

nunmehr nur noch von Russen und Ukrainern besiedelt, ihren Autonomiestatus. Die Juden waren von den Deutschen ermordet worden, die Deutschen waren 1941 deportiert worden. Der Rest hatte weitgehend mit den Okkupanten die Halbinsel verlassen. Krimtatarische Orts- und Landschaftsnamen (wie Aqmescit für Simferopol' oder Aqyar für Sevastopol') wurden eliminiert und durch russische ersetzt. 1954 wurde die Krim anlässlich des 300. Jahrestages des Vertrags von Perejaslav' von Nikita Chrusčev der Ukraine als „Geschenk“ mit den entsprechenden Beschlüssen des Präsidiums des Obersten Sowjets angeschlossen. Dieser Vorgang war nicht unbegründet, denn der einzige Landzugang zur Krim bestand über die Ukraine und auch die Versorgung mit Wasser und Elektrizität geschah auf diesem Wege. Eine Autonomie wurde nicht wiederhergestellt.

Es ist auch nicht so, dass die Krim-Problematik unerwartet aufgekommen wäre. Gwendolyn Sasse war anfangs überrascht, dass nach 1991 „conflict has not erupted despite a structural predisposition to ethnic, regional, and even international conflict“. Sie riet jedoch, im Zusammenhang des Zerfalls der Sowjetunion auch „the dynamics of non-violent conflicts“ zu betrachten, weil man mit dem Fokus auf die gewaltsauslösenden Konflikte die Konfliktgründe missverstehen könne.⁴³

2007 schrieb Sasse dann optimistisch, dass die Krim demonstrieren, „dass das Konflikt- und Instabilitätspotential durch Multiethnizität und die Mobilisierung regionaler politischer Identitäten durch Verhandlung in der Region und zwischen dem Zentrum und der Region gemanaged werden könne“.⁴⁴ Die russische Politik hatte die Krim jedoch keineswegs aus den Augen verloren. 2014 wurde das „Verhandeln“ von der Krim und von Russland aus unterbunden und von Kiev aus nachrangig behandelt. Bei der strategischen Annexion der Krim und der Abspaltung des Ostens konnten deren Verfechter auf die Ideologeme der extremen russischen Rechten zurückgreifen, für die die Ukraine als unabhängiger Staat nie eine Daseinsberechtigung gehabt hatte, auch das Interesse des Militärs an der inländischen Stationierung der Schwarzmeerflotte konnte man instrumentalisieren. Den geopolitischen Zielen entsprach eine weitgehende Rückkehr zu den Grenzen des alten russischen Zarenreiches bzw. der Sowjetunion, und kulturell konnte man sich zu einer „Befreiung“ der unterdrückten russischsprachigen Einwohner des Südens und Ostens der Ukraine aufgerufen fühlen, die nun drohte, das Opfer einer „faschistischen Junta“ zu werden, die in Kiev scheinbar die Macht ergriffen hatte.

⁴³ SASSE, The Crimea Question, S. 4.

⁴⁴ Ebd., S. 33.

Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 hatte Putin bereits die russische Interpretation der Lage im Süden der Ukraine und auf der Krim sehr deutlich gemacht. Es ging zwar um den möglichen NATO-Beitritt der Ukraine und die EU-Osterweiterung, aber wesentlich war, dass Putin klar sein Mitspracherecht in Bezug auf den ukrainischen Süden anmeldete:

„Aber in der Ukraine sind ein Drittel überhaupt ethnische Russen. [...] Es gibt Regionen, wo überhaupt nur eine russische Bevölkerung lebt, sagen wir auf der Krim. Neunzig Prozent sind (dort) Russen. Die Ukraine ist überhaupt ein sehr komplizierter Staat. Die Ukraine, wie sie heute existiert, wurde zu sowjetischen Zeiten geschaffen. [...] Von Russland hat sie ungeheure Territorien im Osten und im Süden des Landes erhalten. Das ist ein kompliziertes staatliches Gebilde. Und wenn jetzt noch die NATO-Problematik hinzukommt und andere Probleme, dann kann sie das überhaupt an den Rand der Existenz der Staatlichkeit selber stellen. [...] Siebzehn Millionen Russen leben in der Ukraine. Wer kann uns sagen, dass wir dort keine Interessen haben? Der Süden, der Süden der Ukraine insgesamt, dort gibt es nur Russen. Die Krim hat die Ukraine einfach durch einen Beschluss des Politbüros des ZK der KPdSU bekommen. Es wurden nicht einmal staatliche Prozeduren nach der Übergabe dieses Territoriums durchgeführt. [...] Wir bemühen uns nichts aufzurühen, wir handeln sehr akkurat, aber wir bitten unsere Partner, auch so zurückhaltend zu handeln.“⁴⁵

Niemand konnte sagen, dass sich die Ereignisse von 2014 nicht angekündigt hätten. Dabei gab es auch in den 1990er Jahren dieses Thema schon.

In der Auflösungsphase der Sowjetunion, als alle bisherigen Gewissheiten ins Wanken gerieten, regte sich gegen den Status quo ebenso wie in Transnistrien (PMR) und in zahlreichen anderen Territorien der UdSSR Widerstand gegen die staatliche Zuordnung. Am 20. Januar 1991 wurde auf der Krim ein Referendum abgehalten, in dem sich 93,26 Prozent der Stimmberechtigten bei einer Wahlbeteiligung von mehr als 80 Prozent für die Wiederherstellung der Autonomen Republik und die Anerkennung als selbständiges Subjekt der neuen Sowjetunion aussprachen. Als solches hätte es nach der damaligen Interpretation die Möglichkeit gegeben, aus der Union und der übergeordneten Republik auszutreten. Auch wenn in diesem Referendum nicht die Rede von einem Anschluss an Russland war, lehnten die ukrainischen und krimtatarischen Organisationen den Vorschlag ab und boykottierten das Referendum.

⁴⁵ Putin auf dem NATO-Gipfel in Bukarest, 04.04.2008, <https://www.unian.net/politics/110868-vyistuplenie-vladimira-putina-na-sammite-nato-buharest-4-aprelya-2008-goda.html> (Zugriff: 19.12.2019).

Die eher chaotische Gesetzgebung der Sowjetunion zu Beginn der 1990er Jahre schuf Interpretationsmöglichkeiten, die Anhänger einer russischen oder ukrainischen Krim später ausnutzen konnten. Am 3. April 1990 verabschiedete der Oberste Sowjet der UdSSR ein Gesetz über Referenden zum Austritt aus der UdSSR. Zwar wurde das Recht auf die Sowjetrepubliken beschränkt (und schloss damit Autonome Republiken faktisch aus). Es erforderte einen Beschluss der Parlamente (Obersten Sowjets) der fraglichen Republiken. Artikel 3 enthielt jedoch die Formulierung, dass in Autonomen Republiken, die Teil der Sowjetrepubliken waren, Referenden separat abzuhalten seien, falls es in den Republiken solche geben würde. Die Bewohner der autonomen Landesteile erhielten dann ein partikuläres Recht, über ihren Verbleib in der Sowjetunion oder in der jeweiligen Republik zu entscheiden. Außerdem sollte der Status von Territorien geklärt werden, die zum Zeitpunkt des Eintritts der Republik in die Union nicht ersterer angehörten (1922 war die Krim nicht Teil der Ukraine).⁴⁶ Das Januar-Referendum wurde vor diesem Gesetz abgehalten, die Ukraine hatte sich mit ihm nicht einverstanden erklärt, wohl aber reagierte sie darauf. Am 12. Februar 1991 stellte der Oberste

⁴⁶ *Zakon o porjadke rešenija voprosov, svjazannych s vychodom sojuznoj respubliki iz SSSR* [Gesetz über die Ordnung der Lösung von Fragen im Zusammenhang mit dem Austritt einer Unionsrepublik aus der UdSSR], N 1409-I, 03.04.1990, http://www.libussr.ru/doc_ussr/usr_16379.htm (Zugriff: 05.02.2021). „Stat’ja 2: [...] Rešenie o provedenii referendumu priņimātēja Verchovnym Sovetom sojuznoj respubliki po sobstvennoj iniciatīve ili po trebovaniju, podpisannomu odnoj desjatoj čāst’ju graždān SSSR, postojanno prožīvajuščich na territorii respubliki i imejuščich pravo golosa soglasno zakonodatel’stvu Sojuza SSR. Stat’ja 3: V sojuznoj respublike, imejuščej v svoem sostave avtonomnye respublik, avtonomnye oblasti i avtonomnye okruga, referendum provoditsja otdel’no po každoj avtonomii. Za narodami avtonomnych respublik i avtonomnych obrazovanij sochranjaetsja pravo na samostojatel’noe rešenie voprosa o prebyvaniu v Sojuze SSR ili v vychodjaščej sojuznoj respublike, a takže na postanovku voprosa o svoem gosudarstvenno-pravovom statuse. [...] Stat’ja 14: [...] 7) soglasovan status territorij, ne prinadležavšych vychodjaščej respublike na moment ee vstuplenija v sostav SSSR.“ [„Art. 2: Die Entscheidung über die Durchführung eines Referendums wird durch den Obersten Sowjet der Unionsrepublik auf eigene Initiative oder nach der unterzeichneten Forderung eines Zehntels der UdSSR-Bürger, die ständig auf dem Gebiet der Republik leben und das Stimmrecht gemäß der Gesetzgebung der UdSSR besitzen, getroffen. Art. 3: In einer Unionsrepublik, die in ihrem Bestand Autonome Republiken, Autonome Gebiete und Autonome Kreise hat, wird das Referendum separat in jeder Autonomie durchgeführt. Die Völker der Autonomen Republiken und der Autonomen Gebilde behalten das Recht auf die selbständige Entscheidung der Frage des Verbleibens in der UdSSR oder in der austretenden Unionsrepublik, wie auch auf die Formulierung der Frage ihres staatsrechtlichen Status. Art. 14: 7) vereinbart wird der Status von Territorien, die einer austretenden Republik zum Zeitpunkt ihres Beitritts in den Bestand der UdSSR nicht angehört haben.“].

Sowjet der Ukrainischen SSR in einem Gesetzesakt die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Krim im Verband der Ukrainischen Sowjetrepublik her.⁴⁷ Nachdem am 24. August (nach dem Putsch) die Unabhängigkeit der Ukraine und die Aussetzung der Gültigkeit der Sowjetverfassung in Kiev beschlossen worden waren, herrschte zunächst ein rechtsfreier Zustand. Auf der Krim hatten sich 54 Prozent der Wählerinnen und Wähler bei dem Referendum über die Unabhängigkeit der Ukraine am 1. Dezember 1991 dafür ausgesprochen, 42 Prozent (der höchste Satz in der Ukraine) allerdings auch dagegen.

Von den Verfechtern eines Anschlusses an Russland wurde eine andere Rechnung aufgemacht. Da die Wahlbeteiligung bei 62 Prozent gelegen habe, hätten sich faktisch zwei Drittel der Wahlberechtigten gegen die Ukraine erklärt.⁴⁸ Dies ist allerdings die übliche Argumentation von Wahlverlierern und widerspricht der juristischen Würdigung von Wahlen und Abstimmungen. Am 4. September 1991 erklärte das Krim-Parlament die staatliche Souveränität der Krim und bekundete die Absicht, einen „demokratischen Rechtsstaat im Bestand der Ukraine“ zu bilden.⁴⁹ Am 6. Mai 1992 erklärte die *Verchovna Rada* der Krim jedoch die Unabhängigkeit der Krim, die umgehend am 13. Mai vom ukrainischen Parlament für verfassungswidrig erklärt und am 22. Mai vom Krim-Parlament wieder zurückgezogen wurde. Am 25. September 1992 wurde eine Kompromissverfassung verabschiedet, die nun von einem Staat Krim im Rahmen der Ukraine handelte. Allerdings bestand zu dieser Zeit schon die Republikanische Bewegung der Krim (*Respublikanskoe dvizhenie Kryma*, RDK), die für den Anschluss an Russland eintrat. Sie wurde im September 1992 aufgelöst und konstituierte sich einen Monat später als Republikanische Partei der Krim (*Respublikanskaja Partija Kryma*, RPK) neu. Ihre Verbindungen mit fragwürdigen Handelsfirmen (Impeks 55) und dem zu jener

⁴⁷ Zakon Ukrainskoj Sovetskoy Socialističeskoy Respubliky o vosstanovlenii Krymskoj Avtonomnoj Sovetskoy Socialističeskoy Respubliky [Gesetz der Ukrainischen SSR über die Wiederherstellung der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik Krim], 12.02.1991, in: *VEDOMOSTI VEROCHOVNOGO SOVETA USSR*, Nr. 9, 26.02.1991, S. 216, <http://sevkrimrus.narod.ru/ZAKON/1991-2.htm> (Zugriff: 19.10.2019).

⁴⁸ A. N. ARININ, *Istorija referendumov v Krymu – dolgij put' k vosoedineniju s Rossiej* [Die Geschichte der Referenda auf der Krim – Der lange Weg zur Wiedervereinigung mit Russland], RCOIT pri CIK Rossii, 2019; http://www.rcoit.ru/lib/history/russian_federation/18119/ (Zugriff: 25.10.2019).

⁴⁹ „[S]ozdat' pravovoe demokratičeskoe gosudarstvo v sostave Ukrayny“, Deklaracija o gosudarstvennom suverenitete Kryma [Deklaration über die staatliche Souveränität der Krim], 04.09.1991, <http://sevkrimrus.narod.ru/ZAKON/dekl.htm> (Zugriff: 21.10.2019).

Zeit auch in Russland blühenden organisierten Verbrechen mit seinen Finanzpyramiden erregte Aufmerksamkeit, die jedoch nicht etwa in Ablehnung mündete. Der Vorsitzende der Partei, der Jurist Jurij Meškov (1945–2019), kreierte nach mehreren internen Auseinandersetzungen 1993 das Wahlbündnis *Blok Rossija*, das er als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen der Krim anführte.



Abb. 2: Flugblatt des Blocks *Rossija*, 1993

Das Ziel war ganz offen die Wiedervereinigung mit Russland. Am 16. und 30. Januar 1994 fanden die ersten und einzigen Präsidentschaftswahlen der Krim statt. Im ersten Wahlgang erhielt Meškov 38,5 Prozent der Stimmen, in der Stichwahl fast 73 Prozent (gegen den ehemaligen Parteichef der Krim Nikolaj Bagrov [1937–2015]). Meškov brachte sogleich wieder ein Referendum auf die Tagesordnung, das dann auch am 27. März 1994, zusammen mit den Krim-Parlamentswahlen, abgehalten wurde. Mit Werten zwischen 77,9 und 82,8 Prozent sprachen sich die Wähler für das in der Regionalverfassung vom 6. Mai 1992 beschlossene Verhältnis zur Ukraine (faktisch für die Unabhängigkeit einschließlich eigener Außenbeziehungen), für eine doppelte russisch-ukrainische Staatsangehörigkeit und für eine allgemeine Ermächtigung für Meškov aus, mit Dekreten zu regieren.⁵⁰ Am 27. März und am 10. April 1994 fanden auch Wahlen zum

⁵⁰ „Na svoej territorii Respublika obladaet verchovnym pravom v otnošenii prirodných bogatstv, material'nych, kul'turnykh i duchovnykh cennostej, osuščestvlyjaet svoi suverennye prava i vsiu polnotu vlasti na dannoj territorii. Respublika v lice ee gosudarstva

Krim-Parlament statt. Bei dem Anteil nach dem Verhältniswahlrecht erhielt der Block *Rossija* 66,8 Prozent der Stimmen, die Kommunistische Partei 11,6 Prozent. Daneben gab es aber noch die Wahlkreise nach dem Mehrheitswahlrecht und einen separaten Wahlkreis mit 18 Sitzen für die „deportierten Völker“, in dem Krimtataren 14 Sitze, Deutsche, Griechen, Armenier und Bulgaren je einen Sitz garantiert erhielten. Von den zu vergebenden 97 Sitzen erhielt *Rossija* 54, 21 fielen an „unabhängige“ Kandidaten, außer den garantierten Minderheitensitzen erhielten die KP zwei, eine russische Partei und der „Block für wirtschaftliche Wiedergeburt“ je einen Sitz.⁵¹

Die Krim war damit 1994 einer separaten Entwicklung am nächsten, wandte sich dann jedoch wieder der Ukraine zu. Obwohl sein Block die absolute Mehrheit hatte und es bis auf die Minderheiten praktisch keine Opposition gab, gelang es Meškov nicht, sein Programm umzusetzen. Wie dann auch 2014 bestand seine Taktik darin, der Krim zunächst die Unabhängigkeit zu verschaffen, um sie dann als unabhängigen Staat Russland anzuschließen. Aber ein Rechtsberater Meškovs schrieb 2020, dass El'cins Russland an diesen Projekten nicht interessiert gewesen sei, seine Regierung hielt den Versuch des Anschlusses an Russland für eine „Provokation“. Man habe sich nur auf die Unterstützung des Moskauer Bürgermeisters Jurij Lužkov stützen können und das sei zu wenig gewesen.⁵²

Die Zeit für einen Anschluss an Russland war Anfang der 1990er Jahre auch sonst nicht günstig. In Russland war der Tschetschenien-Krieg im

vennych organov i dolžnostnych lic osuščestvlyaet na svoej territorii vse polnomocija za isključeniem tech, kotorye ona dobrovol'no delegiruet Ukraine.“ [„Auf ihrem Gebiet verfügt die Republik über das oberste Recht in Bezug auf Naturschätze, materielle, kulturelle und geistige Werte; sie realisiert ihre souveränen Rechte und die Gänze der Macht auf dem gegebenen Territorium. Die Republik realisiert in Gestalt ihrer staatlichen Organe und der Amtspersonen auf ihrem Gebiet alle Vollmachten außer jenen, die sie freiwillig an die Ukraine delegiert.“]. Konstitucija Respubliki Krym [Verfassung der Krim-Republik], [https://ru.wikisource.org/wiki/%D0%9A%D0%BE%D0%BD%D1%81%D1%82%D0%B8%D1%82%D1%83%D1%86%D0%B8%D1%8F_%D0%A0%D0%B5%D1%81%D0%BF%D1%83%D0%B1%D0%BB%D0%B8%D0%BA%D0%B8_%D0%9A%D1%86%D0%8B%D0%BC_\(1992\)/%D0%A0%D0%B5%D0%BA%D0%80%D0%BA%D1%86%D0%8B%D1%8F_6_%D0%BC%D0%B0%D1%8F_1992_%D0%B3%D0%BE%D0%BA%D0%80%D0%BA](https://ru.wikisource.org/wiki/%D0%9A%D0%BE%D0%BD%D1%81%D1%82%D0%B8%D1%82%D1%83%D1%86%D0%B8%D1%8F_%D0%A0%D0%B5%D1%81%D0%BF%D1%83%D0%B1%D0%BB%D0%B8%D0%BA%D0%B8_%D0%9A%D1%86%D0%8B%D0%BC_(1992)/%D0%A0%D0%B5%D0%BA%D0%80%D0%BA%D1%86%D0%8B%D1%8F_6_%D0%BC%D0%B0%D1%8F_1992_%D0%B3%D0%BE%D0%BA%D0%80%D0%BA) (Zugriff: 20.01.2021).

⁵¹ Regiony Ukrayny. Chronika i rukovoditeli, t. 3: Krym i Nikolaevskaja oblast' [Die Regionen der Ukraine. Chronik und Führer, Bd. 3: Die Krim und der Oblast Mykolaiv], hg. v. KIMITAKA MACUZATO, Sapporo 2009, S. 51 f.

⁵² VLADIMIR LAFITSKY, 'Crimea Acts' of 1954. International Legal Principles, in: Russian Law Journal 8 (2020), H. 4, S. 4–29, hier S. 6.

vollen Gange und auch die Transnistrien-Frage war nicht gelöst. Die ökonomische Lage Russlands war zu dieser Zeit kaum besser als diejenige der Ukraine. Zudem zerstritt sich Meškov mit den anderen Politikern seines Blocks, insbesondere mit dem Vorsitzenden des Parlaments, Sergej Cekov.

Für Jan Zofka hatte die separatistische Bewegung wegen der „kommerziellen Aktivitäten“, der hierarchischen Struktur und der vorrangigen politischen Ambitionen bis dahin wenig bekannter Männer keinen Erfolg.⁵³ Es habe weder eine ethnische noch eine politisch-soziale Basis für den Russland-Anschluss gegeben. Mit dem Präsidenten in Verbindung gebrachte kriminelle Kreise schienen immer stärker zu werden. Die Lage führte dazu, dass das Krim-Parlament den Präsidenten am 7. September 1994 mit einer vor allem repräsentativen Funktion ausstattete. Meškov blockierte daraufhin das Parlament mit einer eigenen Miliz, während die Abgeordneten die von Meškov zusammengestellte Regierung absetzten. Neuer Regierungschef wurde Anatolij Frančuk, zu dieser Zeit Vater des Schwiegersohns Kučmas. Nachdem die ukrainische Führung eine Reihe von auf der Krim verabschiedeten Gesetzen für ungültig erklärt hatte und die Regierung noch einige Male wechselte, erklärten immer mehr Abgeordnete ihre Bereitschaft, künftig mit Kiev zusammenzuarbeiten.

Meškov floh nach Russland, das noch kein Interesse daran zeigte, die Beziehungen zur Ukraine zu verschlechtern. Die Anrufung Kievs durch Meškovs Gegner schuf die Gelegenheit, eine neue Verfassung der Krim zu fordern, nach der die Halbinsel eine Autonome Republik im Bestand der Ukraine mit gewissen autonomen Kompetenzen werden sollte. Dies wurde durch den präsidialen Wechsel zu Kučma begünstigt, der mehr Akzeptanz als der zum Nationalisten gewendete Kravčuk genoss. Dazu wurden am 17. März 1995 die Gesetze von 1992 für ungültig erklärt und bis zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung die Krim zu einer autonomen Territorialeinheit im Staatsverband der Ukraine erklärt.⁵⁴

Die Diskussionen um eine neue Verfassung für die Krim zogen sich hin, während die Ukraine sich 1996 für den Gesamtstaat eine Verfassung gab. Für die Wahlen zum Krim-Parlament am 29. März 1998 wurde das Wahlrecht geändert. Nun galt ein reines Mehrheitswahlrecht, von dem 47

⁵³ JAN ZOKA, *Postsowjetischer Separatismus*, Göttingen 2015, S. 397.

⁵⁴ Regiony Ukrayiny, Bd. 3, S. 55–62, http://src-h.slav.hokudai.ac.jp/coe21/publish/no20_ses/SES20-40_85.pdf (Zugriff: 23.10.2019). Zakon Ukrayiny ob Avtonomnoj Respublike Krym [Gesetz der Ukraine über die Autonome Republik Krim], 17.03.1995, <http://sevkrimrus.narod.ru/ZAKON/1995.htm#2> (Zugriff: 21.01.2021).

„unabhängige“ Kandidaten und die wiedererstarkte KP profitierten, die 38 der 100 Sitze gewann. Die Krimtataren und die anderen Minderheiten erhielten keinen einzigen Sitz. Auch den *Blok Rossija* gab es zeitweise nicht mehr. Kiev wurde am 21. Oktober 1998 eine neue Verfassung vorgelegt, die keinen Präsidenten und keine staatliche Souveränität der Krim mehr vorsah. Sie wurde am 23. Dezember 1998 in der Ukraine veröffentlicht. Russisch wurde nicht mehr „Staatssprache“, wohl aber als „Sprache der Mehrheit der Bevölkerung“ genannt, die „in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens“ benutzt werden konnte und geschützt werden sollte.⁵⁵

Im folgenden Jahrzehnt kamen die meisten Abgeordneten vom *Blok Za Janukovyča*, zu dem die Partei der Regionen, der Russische Block und die Russische Gemeinde der Krim sich zusammengeschlossen hatten, 2010 dann von seiner „Partei der Regionen“, als die pro-russischen Parteien zusammengeschmolzen waren. Damit entsprach die politische Lage auf der Krim in etwa derjenigen in der Ostukraine, und die eher symbolische Autonomie hatte die Bewohner so weitgehend beruhigt, dass man eine ruhige Entwicklung antizipierte.⁵⁶

2006 stellte das Wahlbündnis *Za Janukovyča* mit 300.000 Unterschriften den Antrag, zeitgleich mit den ukrainischen Parlamentswahlen auf der Krim ein Referendum durchzuführen, dessen Ergebnis die Anhebung des Russischen zur zweiten Staatssprache auf der Krim sein sollte. Die ukrainische Staatsanwaltschaft verbot das Referendum, das wenig verändert hätte und beruhigend hätte wirken können.⁵⁷ So blieb aber der Eindruck

⁵⁵ Art. 10: „V Avtonomnoj Respublike Krym narjadu s gosudarstvennym jazykom obespečivaetsja funkcionirovaniye i razvitiye, ispol'zovaniye i zaščita russkogo, krymskotatarskogo, a takže jazykov drugich nacional'nostej. V Avtonomnoj Respublike Krym russkij jazyk kak jazyk bol'sinstva naselenija i priemlemyj dlja mežnacional'nogo obščenija ispol'zuetsja vo vsech sferach obščestvennoj žizni.“ [„In der Autonomen Republik Krim werden gleichrangig mit der Staatssprache das Funktionieren und die Entwicklung, die Nutzung und der Schutz der russischen, der krimtatarischen wie auch der Sprachen anderer Nationalitäten gesichert. In der Autonomen Republik Krim wird die russische Sprache als die Sprache der Bevölkerungsmehrheit und als akzeptable Sprache für die Kommunikation zwischen den Nationalitäten in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens verwendet.“]. Konstitucija Avtonomnoj Respubliky Krym [Verfassung der Autonomen Republik Krim], <https://zakon2.rada.gov.ua/krym/show/rb239k002-98> (Zugriff: 23.10.2019).

⁵⁶ SASSE, The ‚New‘ Ukraine, S. 94.

⁵⁷ Krym potreboval ot Juščenko referendum po russkomu jazyku [Die Krim verlangte von Juščenko ein Referendum über die russische Sprache], Lenta.ru, 18.10.2006, <https://lenta.ru/news/2006/10/18/language> (Zugriff: 24.02.2021); KULYK, Gespaltene Zungen, S. 399.

der Zurückweisung aus Kiev und die Stimmung verschlechterte sich. Auch die Verbindung von Sprachenfrage und staatlicher Zugehörigkeit wurde wieder problematisiert.

Auf den ersten Blick gab es keine Probleme mehr. Der wichtige russische und sowjetische Erinnerungs- und Sehnsuchtsort Krim war für Russen ohne Schwierigkeiten zugänglich und die Krim genoss eine sonst in der Ukraine nirgendwo vorhandene Autonomie. Über deren Einschränkungen durch Kiev wurde zwar geklagt, aber insgesamt war der Prozess seit den Versuchen, die Krim zu verselbständigen, ohne große Öffentlichkeit abgelaufen. Prekär war jedoch die Lage der Krimtataren. Sie hatten zwar ihre eigenen Organe, den *Kurultaj* und den *Medžlis*, aber in der Legislative waren sie praktisch nicht vertreten.

Und die russische Frage war auch international nicht gelöst. Bereits am 21. Mai 1992 fasste der Oberste Sowjet der Russländischen Föderation (den El'cin ein Jahr später auflöste) den Beschluss, dass die Übertragung der Krim an die Ukraine im Jahre 1954 nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend erfolgt und daher *ex tunc* rechtswidrig und unwirksam gewesen sei. Russland und die Ukraine wurden aufgefordert, sich unter Beteiligung der Krim und der Meinungäußerung ihrer Einwohner mit diesem Problem in Verhandlungen zu befassen und es zu „regulieren“.⁵⁸ Die russische Regierung hatte allerdings kein Interesse, sich damit zu beschäftigen, der Konflikt mit dem Parlament brach dann ja 1993 auch offen aus. Bereits im Juni 1992 hatten Kravčuk und El'cin das Thema als „ukrainische Angelegenheit“ ausgeklammert. Man war zu dem Schluss gekommen, dass eine Überprüfung sowjetischer Rechtsnormen angesichts der geringen Beachtung des Rechts in der Sowjetunion wenig sinnvoll sei und zudem kontraproduktiv, da die ukrainischen Nationalisten auch den Kuban' als ukrainisches Gebiet forderten.⁵⁹

In einem Punkt gab es allerdings in der Tat ein Problem. Sevastopol gehörte auch in der Zeit der Zugehörigkeit zur RSFSR nicht zur *Krymskaja Oblast'*, sondern hatte einen eigenen Status. Am 29. Oktober 1948 veröffentlichte das Präsidium des Obersten Sowjet der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik einen Erlass, der aus einem Satz

⁵⁸ Postanovlenie Verchovnogo Soveta Rossijskoj Federacii o pravovoy ocenke rešenij vyšších organov gosudarstvennoj vlasti RSFSR po izmeneniju statusa Kryma, принятых в 1954 godu [Beschluss des Obersten Sowjet der RF über die rechtliche Bewertung der 1954 angenommenen Beschlüsse der obersten Organe der Staatsmacht über die Veränderung des Status der Krim], <http://sevkrimrus.narod.ru/ZAKON/o1954.htm> (Zugriff: 25.10.2019).

⁵⁹ SPAHN, Staatliche Unabhängigkeit, S. 187 f.

bestand: „Die Stadt Sevastopol‘ wird zu einem selbständigen Verwaltungs- und Wirtschaftszentrum mit einem eigenen Haushalt ausgegliedert und der Kategorie der Städte republikanischer Zugehörigkeit zugerechnet“.⁶⁰ Der Zweck war die beschleunigte Durchführung des Wiederaufbaus. Damit blieb die Stadt in der RSFSR, war jedoch nicht mehr wie vorher Bestandteil des Krim-Gebiets, sondern wurde direkt aus der RSFSR-Hauptstadt Moskau verwaltet. Ähnlich verfuhr man mit Soči und Omsk.

Ekaterina Čerkasova argumentiert wie auch die ukrainische Seite, die Ausgliederung der Stadt sei eine republikanische Angelegenheit gewesen, die Übergabe der Krim an die Ukraine eine Unionsangelegenheit, die „von einem übergeordneten Organ der Staatsmacht“ verfügt worden sei.⁶¹ Das ist zweifellos so, aber in dem *Ukaz* des Obersten Sowjet der UdSSR vom 19. Februar 1954 ist nur vom Krim-Gebiet die Rede („o peredače Krymskoj oblasti“) und 1954 war Sevastopol‘ eine gebietsfreie, der RSFSR direkt unterstellte Stadt, die verwaltungs- und wirtschaftsmäßig nicht zum Krim-Gebiet gehörte.⁶² Nun kann man sich natürlich lange über die faktische Absicht der Verfasser des hastig verfassten Krim-Erlasses Gedanken machen, man kann auch behaupten, dass dies damals niemanden wirklich interessiert habe. Aber wenn man die juristische Lage für bedeutsam hält, dann kann man diese Rechtslage nicht einfach übergehen.

Zwar haben die Parlamente der Ukraine und Russlands jeweils auf ihren Maximalpositionen zur Krim beharrt (und dabei jeweils Sevastopol‘ eingeschlossen), aber die langwierigen Verhandlungen, die von den Präsidenten schließlich im Mai 1997 durch den Freundschaftsvertrag abgeschlossen wurden, ignorierten die Forderungen der Parlamentarier. Ab und an hatten zwar russische Politiker (allen voran der Moskauer Bürgermeister Jurij Lužkov) weiterhin die Forderung nach der Übergabe der

⁶⁰ „Vydelit‘ gorod Sevastopol‘ v samostojatel‘nyj administrativno-chozjajstvennyj centr so svoim osobym bjudžetom i otnesti ego k kategorii gorodov respublikanskogo podčinjenija.“ *Ukaz Prezidiuma Verchovnogo Soveta RSFSR* Nr. 761/2, 29.10.1948, https://ru.wikisource.org/wiki/Указ_Президиума_ВС_РСФСР_от_29.10.1948_№_761/2 (Zugriff: 23.05.2022).

⁶¹ EKATERINA ČERKASOVA, Sewastopol – ein Bestandteil der Ukraine. Zur administrativ-politischen Zuordnung der Stadt nach 1954, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Aktuelle Analysen, 38 (1999), H. 13, S. 2 f., <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47889> (Zugriff 23.05.2022).

⁶² *Ukaz Prezidiuma Verchovnogo Soveta SSSR „O Peredače Krymskoj oblasti iz sostava RSFSR v sostav USSR“* [Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR „über den Transfer des Oblast Krim von der RSFSR an die UdSSR“], in: *Vedomosti Verchovnogo Soveta SSSR* [Informationen des Obersten Sowjet der UdSSR], 13.05.1954, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:The_transfer_of_Crimea.jpg (Zugriff: 20.05.2022).

Krim an Russland wiederholt (und hierbei Sevastopol' der russischen Krim zugerechnet). Als Moskauer Bürgermeister organisierte Lužkov den Bau von Wohnhäusern und entsandte Hilfslieferungen nach Sevastopol', dessen russische Einwohner sich von der ukrainischen Seite stiefmütterlich behandelt fühlten.⁶³ Lužkov ist 2010 wegen Konflikten mit Putin und Medvedev abgesetzt worden.

Durch den Pachtvertrag vom 28. Mai 1997 hatte die russische Seite jedenfalls die ukrainische Souveränität über Sevastopol' anerkannt. Aufgrund dieser konkludenten Handlung wurde die vor 1997 tatsächlich unklare Lage eigentlich irrelevant. Die Aufteilung der sowjetischen Schwarzmeerflotte war schließlich erfolgt, und Russland verlängerte nach dem Beginn der Präsidentschaft Janukovyč' seine Pacht der Hafengebiete langfristig. Zudem war nur Russland berechtigt, seine Schiffe im Schwarzen Meer als „Schwarzmeerflotte“ (*Černomorskij Flot*) zu bezeichnen. Die ukrainische Flotte verzichtete förmlich für ihren Teil auf diese Bezeichnung.⁶⁴ Die Ereignisse von 2014 straften diese Überlegungen Lügen – sie sind jedoch nicht mehr Teil der Transitionsphase.

* * *

Die Transitionsphase war in allen sowjetischen Gebieten schwierig. Völlig neue politische, wirtschaftliche und nationale Themen waren zu diskutieren, wobei das Diskutieren an sich schon ungewohnt war. Im russisch-ukrainischen Verhältnis spielten historische Belastungen eine zusätzliche Rolle. Aus der russischen Perspektive war eine separate ukrainische nationale Identität immer etwas Verwirrendes – und Verwirrendes äußerte nicht zuletzt Putin zu diesem Thema. Als Vladimir Putin an die Macht kam, gab es eine politische Wende in Russland: Die Rückkehr zur „Weltmacht“ wurde Programm. Die Politik des Westens verschärfte (bewusst oder unbewusst) die Konfrontation. Man kann also nicht sagen, dass die Ereignisse von 2014 – die auf den Majdan-Machtwechsel, aber auch auf die Sprachenfrage gestützte Annexion der Krim und der Versuch, zwischen der Ostukraine und Odessa ein „Neurussland“ zu kreieren – überraschend gekommen wären.

Wer den politischen Diskurs verfolgte, beobachtete eine *restitutio imperii*, deren primäre Ziele die ostslavischen Staaten waren. Nationalistische Russen sahen in ihnen Angehörige des *russkij mir* – der „russischen

⁶³ SPAHN, die Außenpolitik Russlands, S. 194 f.

⁶⁴ Ebd., S. 196.

Welt“ – während nationalistische Ukrainer sich gerade in der Abgrenzung von Russen national identifizierten. Während Belarus unter Aljaksandr Lukašenka sich am 8. Dezember 1999 auf den „Unions-Staat“ (*Sojuznoe gosudarstvo*) mit Russland einließ, war eine Einbindung der Ukraine nicht einmal in eine Wirtschaftsunion in erreichbarer Nähe. Selbst die mehrheitlich russischsprachigen Teile des Landes waren zwar an guten Beziehungen mit Russland interessiert, die meisten Bewohner jedoch nicht an einer allzu weitgehenden Inkorporation.

Allerdings taten die Zentralbehörden, wenn „Westler“ an der Macht waren, vieles, um die Russischsprachigen zu verärgern. Für die west- und zentralukrainischen Gebiete war eine (nicht immer in ihren Implikationen verstandene) Anbindung an die bis Polen, Ungarn und Rumänien reichende EU attraktiver. Bis 2014 hielten sich die beiden Teile in etwa politisch die Waage. Ironischerweise hat Russland durch die Annexion der Krim und die Förderung der Donbass-Separatisten-„Republiken“ den „Westlern“ eine kaum mehr zu überwindende Mehrheit im ukrainischen Reststaat verschafft.

Abbildungsnachweis

Abb. 1: https://www.researchgate.net/figure/The-1994-Ukrainian-presidential-elections_fig2_325670572 (Zugriff: 22.05.2022).

Abb. 2: <https://dictaphone.org.ua/2019/03/04/vas/> (Zugriff: 21.10.2019).